

Wohnungen gesucht für Flüchtlinge!

Zusammen mit der Bürgerinitiative Asyl setzen sich die Sozialen Initiativen dafür ein, dass Flüchtlinge, die derzeit noch im Sammellager an der Plattlingerstraße untergebracht sind, einen Wohnberechtigungsschein (WBS) auch dann erhalten, wenn sie noch den Status „Duldung“ haben: Schließlich kommt auch niemand auf die Idee, einem Studenten einen Platz im Wohnheim mit dem Argument zu verweigern, dass er vielleicht seine nächste Prüfung nicht besteht. Ebenso könnte dann auch niemand, der gerade „auf Bewährung“ entlassen wurde, einen WBS erhalten. Allerdings haben auch anerkannte und „wohnberechtigte“ Flüchtlinge derzeit das Problem, aus dem Sammellager herauszukommen, weil sie auf dem Freien Wohnungsmarkt wenig Chancen haben. So bleiben vor allem die Wohnungsgesellschaften und auch da ist es bei derzeit 1600 Wohnanfragen zum Beispiel bei der Stadtbau eng. Eine Familie wurde beispielsweise schon in der Notwohnanlage Aussigerstraße untergebracht. BI Asyl und Soziale Initiativen rufen an dieser Stelle Vermieter und Hausbesitzer auf, Wohnungen für Flüchtlinge zur Verfügung zu stellen, die Hilfsorganisationen unterstützen die Familien bei der Einrichtung dabei nach Kräften (Infotelefon 72007).

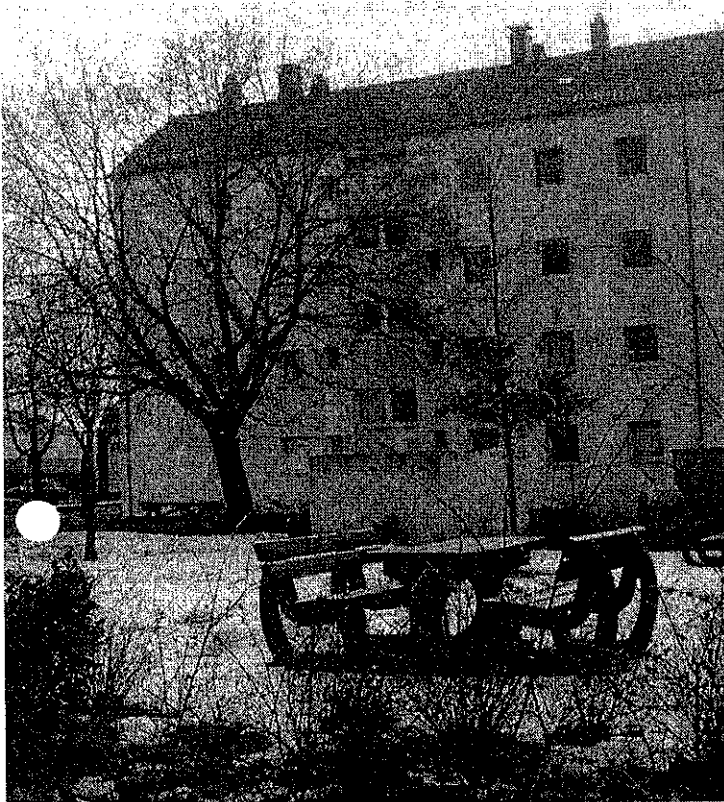


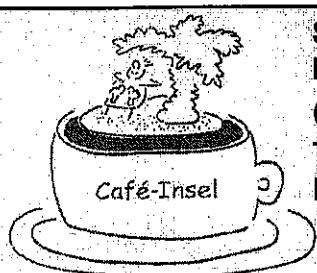
Foto: Sarah Brandt



GENTRIFIZIERUNG: wird es zum sozialökonomischem Problem?

Regensburg als Wohnort wird zunehmend attraktiver. Nicht nur junge Menschen ziehen hierher, um an der Uni zu studieren. Die, die höhere Finanz- und Kaufkraft besitzen, suchen nach einem, von ihnen bevorzugten Lebensraum für Arbeit, Wohnen, Freizeit. Sie sind imstande und gerne bereit, hohe Immobilienpreise für Eigentum oder Mieten zu bezahlen. Die Immobilienbetreiber und die privaten Investoren wittern dadurch gute Geschäfte; erheblichen Gewinn beim Kauf, Bebauen und Umbauen bestimmter Stadtbezirke. Der Aufwertungsprozess durch Sanierung, z. B. schöner, alter Häuser in der Altstadt oder auch ganzer Stadtbezirke ermöglicht den Investoren die drastische Erhöhung der Kaufpreise und Mieten. Die meist ärmeren Bewohner werden durch Eigentumsinteressenten verdrängt. Die Fragen nach der sozialen Gerechtigkeit werden immer häufiger gestellt. Es führt mittlerweile zu einer komplexen Diskussion deutschlandweit in vielen Großstädten wie Berlin, Hamburg oder München. Es scheint so, dass unsere Stadt von den negativen Folgen der Gentrifizierung nicht verschont bleibt. Dieser modern gewordene Begriff stammt von dem englischen Wort „gentry“ ab, früher die Bezeichnung für den niedrigen Adel, heute eher für das gehobene Bürgertum. Der Austausch von „statusniedrigen“ durch „statushöheren“ Schichten (nach dem Stadtsoziologen Jürgen Friedrichs) in bestimmten Wohngebieten erzeugt städtische Konflikte, sozialen Kastenaufbau. Die Reichen flüchten vor der wachsenden Inflation in die Sachwerte. Die sichersten Investitionen sind und bleiben Grund und Eigentum. Sogar wenn sie ihre neuen Häuser und Wohnungen leer stehen lassen. Hierbei auch die Frage nach der moralischen Verantwortung den anderen Mitbürgern gegenüber in einem Staat mit einer Viertelmillion Obdachlosen und vielen Millionen bedürftigen Familien. Die Ärmern werden durch oft unethische Mieterhöhungen nach und nach verdrängt, gezwungen zum Auszug aus ihrer vertrauten Umgebung, besonders hart für ältere Menschen. Die Kommunen, Stadträte, politische Gremien versäumen seit Jahren, für eine gerechte Wohnungspolitik zu sorgen. Der Staat selbst ist nicht mehr bereit, die Subventionen für soziale Wohnungen aufzubringen. Attraktive Wohnungen mit bezahlbaren Mieten für die, die mit ihren Steuerabgaben, bemessenen nach ihrer oft hart geleisteten Arbeit, das Staatshaushaltsbudget am meisten auffüllen. Ihre gemeinsame Kaufkraft ist die größte, die von jedem Einzelnen von ihnen leider schwach, was tragisch ist, da sie dadurch den ausbeuterischen Mechanismen der freien Marktwirtschaft hilflos ausgeliefert sind und zur Kasse gebeten werden. Die, die wenig zum Überleben haben, müssen ihre Lebensqualität niedriger ansetzen, um die zu bereichern, die nicht imstande sind, ihren Reichtum vollkommen zu gebrauchen und zu genießen.

JMMJ



Sozialpsychiatrischer
Dienst der Diakonie
Café-Insel
Tel. 58 39 0 52
Ernst Reuter-Platz 2, II

März 2013